Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichniß unter Nr. 6378 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich:
Max Scharre in Halle.

Fernsprecher: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Fünfunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, den unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal: Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 10. Halle a. d. Saale, Montag, den 7. Januar **1901.**

Bestellungen

auf die Saale-Zeitung für das laufende Vierteljahr werden von allen Reichspostanstalten, in Halle von der unterzeichneten Expedition und den bekannten Ausgabestellen, unausgesetzt angenommen. **Die Expedition.**

Zum Beginn der Landtags-Session.

Die am morgigen Dienstag beginnende dritte Session der 19. Legislaturperiode des preußischen Landtags wird jedenfalls über die Gestaltung der inneren Verhältnisse in Preußen maßgeblich zu entscheiden haben. Die allgemeinen Verhältnisse sind in jeder Hinsicht günstig dafür, daß der preußischen Politik wieder ein fester Kurs bestimmt werde. Die Regierung ist im Gegensatz zur Reichsverwaltung in der glücklichen Lage, nach wie vor aus reichen Ueberschüssen des Staatshaushalts wirthschaften zu können. Sie ist in finanzieller Hinsicht nicht nur nicht durch irgend welche Rücksichten auf die zu Bewilligungen unentbehrlichen Parteien behindert, sondern sie wird sogar ausgenommen von den Agrariern von allen Parteien gedrängt, reichere Mittel zur Erfüllung von Kulturaufgaben zur Verfügung zu stellen. Ebensowenig ist die Regierung in nächster Zeit in der Festsetzung von Grundsätzen eines sicheren Regierungssystems etwa dadurch beschränkt, daß sie für wichtige Gesetze reformatorischen Charakters auf die Zustimmung der einen und anderen Partei angewiesen ist, wie das zur Verwirrung der inneren Reichspolitik ein Jahrzehnt und länger der Fall war. Wichtige Reformgesetze sind, so weit wir sehen, überhaupt nicht in Vorbereitung. Auf dem Gebiete der Schule wäre zwar eine ordnende und kodifizirende Gesetzesarbeit sehr am Platze. Aber hier am allerwenigsten dürfte die Regierung leider geneigt sein, zu einer Gesetzgebung im großen Zuge sich zu entschließen, da sie nicht wagen will, die Freundschaft mit den Konservativen und dem Centrum zu verderben und auch keine Neigung hat, sich eventuell von den liberalen Parteien eine neue Niederlage in dieser Angelegenheit zu holen, die ihr sicher wäre, wollte sie abermals versuchen, den Einfluß der Kirche auf die Schule zu stärken. Es ist deshalb noch nicht einmal sicher, ob in der bevorstehenden Session wenigstens in Bezug auf die Schulunterhaltungspflicht ein Theilstück zustande gebracht werden soll. Andererseits ist die wirthschaftliche Hilfsthätigkeit des Einzelstaates zu einem gewissen Abschluß gelangt, und die Gesetzgebung kann sich auch in dieser Beziehung einige Ruhe gestatten, es müßte denn sein, daß die verschiedenen Ressorts sich endlich über den Entwurf eines Wasserrechts verständigen könnten, um ihn der Landesvertretung vorzulegen. Aber in dieser kommenden Session mag er kaum erwartet werden. So bleibt thatsächlich nur die eine große Frage der Entwicklung der künstlichen Wasserstraßenwege in Preußen übrig. Diese Frage ist in der That ihrer materiellen Bedeutung nach, und da sie durch keinerlei anderen gesetzgeberischen Stoff in ihrer Gewichtigkeit beeinträchtigt wird, besonders dazu angethan, für eine Klärung in den inneren Verhältnissen Preußens in Anspruch genommen zu werden.

An die Spitze des preußischen Staatsministeriums ist mittlerweile ein neuer Mann getreten, von dem erwartet wird, daß er den Dingen ihren Lauf vorschreiben, nicht von den Dingen sich treiben lassen wird. Wenn er an den Sitzungen des Staatsministeriums, welche zur Vorbereitung der Landtagssession seither abgehalten wurden, noch nicht theilnehmen konnte, so lag das an äußeren Gründen, insbesondere daran, daß die Reise nach den süddeutschen Höfen und die Angelegenheiten des Reiches innen und außen ihn noch über die Maßen beschäftigt haben. Indessen werden die preußischen Angelegenheiten demnächst derart aktuell sich gestalten, daß **Graf Bülow bestimmte Stellung zu ihnen wird nehmen müssen**, wenn er in Preußen als leitender Staatsmann zur Geltung gelangen will. Seine Stellungnahme wird und muß also in erster Linie eine Stellungnahme zur Kanalvorlage sein.

Die Situation ist insofern günstig für eine solche Klärung, als die Legislaturperiode des Landtags etwa gerade ihre Mitte erreicht hat, demnach noch zwei Jahre Zeit übrig sind, bis man im Zeichen herankommender Wahlkämpfe stehen wird. Vom Reiche her sind besondere Einflüsse, die der Wiederherstellung eines sicheren Kurses in Preußen widerwärtig werden könnten, nicht zu besorgen. Vielmehr hat gerade im Reiche die öffentliche Meinung noch jede gebotene Gelegenheit benützt, um mit verstärktem Nachdruck ihren Wunsch nach sicherer Führung auf dem Wege einer **politisch wie wirthschaftlich gemäßigten Politik**, die allen Interessengruppen und deren Forderungen festen Widerstand entgegenzusetzen entschlossen ist, zu bekunden.

Abgesehen von dem unmittelbar bevorstehenden Kampfe um den Mittellandkanal, — denn er ist das Schibboleth der Parteien, und ist auch der Streitpunkt, anläßlich dessen die Regierung beweisen muß, daß sie einen bestimmten Kurs wieder einzuhalten gedenkt, — wird allerdings die bevorstehende Session noch besonders in Anspruch genommen sein von den Interessen des Deutschthums im Osten. Aber hier kann man füglich von einem Kampfe, der die innere Politik beeinflussen könnte, nicht mehr reden, es handelt sich lediglich um Zweckmäßigkeitsfragen, bei denen die Parteien sich leichter zusammenfinden werden, als wenn es sich um Angelegenheiten wirthschaftlicher Natur handelt. Außer dem Etat dürfte der Landtag dann größere Arbeiten kaum zu erledigen haben; zwar hat Herr v. Miquel mehrfach durchblicken lassen, daß er agrarpolitische Vorlagen bedeutsamer Art, wir erinnern nur an seine Neigung, auf dem Wege eines Wohnungsgesetzes die Freizügigkeit zu beschränken, vorbereitet, aber diese gesetzgeberischen Pläne dürften feste Gestalt in der nächsten Zeit wohl kaum gewinnen, so daß der Landtagsabgeordneten diesmal früher zu ihren heimischen Penaten werden zurückkehren können, als es in den letzten Jahren der Fall gewesen.

***

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

* Zum Tode des Großherzogs von Weimar wird gemeldet, daß der Fürst sanft hinübergeschlummert ist, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, nachdem schon im Laufe des Nachmittags die Athemzüge immer schwächer geworden waren. Im Sterbezimmer waren anwesend: der Erbgroßherzog, der Herzog-Regent und die Herzogin Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin, zwei Prinzen Reuß (Enkel des Großherzogs), Staatsminister Rothe, Generaladjutant von Palézieux, die Aerzte Geheimrath Dr. Pfeiffer und Dr. Matthes, die Oberin des Sophienhauses, die Hofprediger Schmer und Dilthey und die nähere Dienerschaft. Gestern abend fand anläßlich des Hinscheidens des Großherzogs im Schlosse eine Hausandacht statt, heute abend 10 Uhr wird die Leiche in die Hofkirche übergeführt, wo sie bis zur Beisetzung, die Freitag, den 11. Januar, mittags, stattfindet, aufgebahrt verbleibt. Der Hof hat auf sechs Monate Trauer angelegt. — Der kgl. sächsische Hof legte für den Verstorbenen eine dreiwöchige, der bayerische Hof eine zehntägige Trauer fest. Das Kürassier-Regiment Nr. 8 (Deutz) und das 5. Thüringische Infanterie-Regiment Nr. 94, von denen der Verstorbene Chef gewesen ist, werden eine längere Trauer anlegen. Der Kaiser wird sich nach Weimar zur Beerdigung begeben.

Sozialpolitik und Liberalismus.

In der letzten Zeit sind wiederholt Bestrebungen aufgetaucht, zur Beförderung sozialpolitischer Reformen Organisationen ohne Unterschied der politischen Partei zustande zu bringen. Die Liberalen verschiedener Schattirungen haben sich zu diesem Plan verschieden gestellt. Einige haben sich angeschlossen, andere sich ferngehalten. Aus Anlaß der soeben in Bildung begriffenen „Gesellschaft für soziale Reform" unterzieht Privatdozent Dr. Jastrow in der Hamburger Wochenschrift: „Der Lotse" die Frage, wie der Liberalismus sich dazu zu stellen habe, einer selbständigen Untersuchung. Er kommt zu dem Ergebniß, daß derartige zusammenfassende Bestrebungen unumgänglich nothwendig sind für wissenschaftliche Zwecke. Mit den wissenschaftlichen eng verbunden sind die internationalen Bestrebungen, insofern sie vorbereitende Arbeiten für die Parlamente aller Länder zu liefern haben. Hingegen enthalten derartige Sammelprogramme eine erhebliche Gefahr, wenn sie über dieses ihr eigentliches Gebiet hinausgehen und sich direkt zur Aufgabe machen, auch auf dem Gebiete der inneren Politik ein gemeinsames sozialpolitisches Programm an Stelle der Parteiprogramme zu setzen. Wer Mitglieder aller Parteien einigen will, muß sich auf das beschränken, was allen Parteien gemeinsam ist.

„Daß dabei wenig übrig bleibt, ist gewissermaßen eine mathematische Nothwendigkeit. Gerade die wichtigsten sozialpolitischen Ziele des Liberalismus werden in den Hintergrund gedrängt, wenn das zur Hauptsache gemacht wird, was ihm mit anderen Parteien gemeinsam ist. Der Liberalismus verlangt im Interesse der unteren Volksklassen bessere Schulbildung, religiöse Aufklärung, billige Kornpreise, freieres Wahlrecht, unparteiische Beamtenernennung ohne Rücksicht auf feudale Anschauungen. Das sind große und hervorragende Ziele liberaler Sozialpolitik, neben denen Arbeiterschutz und Gewerbeinspektion, Arbeitsnachweise und Einigungsämter ganz gewiß auch anerkennenswerthe Programmpunkte, aber nicht die Hauptsache sind. In einer Vereinigung, in der Liberale zusammen mit Konservativen, Ultramontanen, Antisemiten usw. einem „gemeinsamen" Programm dienen sollen, müssen selbstverständlich diese kleinen Reformen die Hauptsache bilden und der liberale Gedanke, daß die unteren Volksklassen gehoben werden sollen, um ihre Schicksale in die eigene Hand zu nehmen, in den Hintergrund gedrängt werden. Es ist nicht gesagt, daß Liberale sich derartigen Einigungsbestrebungen fernhalten müssen. Aber sie werden gut thun, ein wachsames Auge darauf zu haben, daß sie innerhalb der Grenzen bleiben, die ihnen im politischen Leben geboten sind."

So weit die Ausführungen Dr. Jastrow's, dessen warmes Eintreten für die materielle und kulturelle Hebung der unteren Klassen ihn vor dem Verdachte schützt, die Durchführung der großen Aufgaben, die die Freunde einer energischen Sozialreform sich gestellt haben, etwa auf eine spätere, dem Liberalismus günstigere Zeit hinausschieben zu wollen. Die Bedenken, die Jastrow gegen ein Zusammenwirken liberaler Politiker mit Sozialpolitikern anderer Parteien hier zum Ausdruck bringt, können wir jedoch nicht theilen. Es liegt unseres Erachtens gerade im Interesse einer wirksamen Förderung der Sozialreform, wenn die Sozialpolitiker aller Parteien Hand in Hand gehen. Diese Einmüthigkeit verleiht den von ihnen vertretenen Forderungen auch der Regierung gegenüber ein ganz anderes Gewicht als ein vereinzeltes Vorgehen. Daß eine Vereinigung liberaler Politiker mit Mitgliedern anderer Parteien die liberalen Sozialpolitiker in der energischen Vertretung der liberalen Grundforderungen lässig machen könnte, erscheint uns andererseits als eine grundlose Befürchtung. △

Wissenschaft und Handelspolitik.

Die Zahl der Vertreter der nationalökonomischen Wissenschaft, die sich in Deutschland zu Gunsten der Fortsetzung der Caprivi'schen Handelsvertragspolitik und in Verbindung damit gegen eine Erhöhung der Brotgetreidezölle ausspricht, vermehrt sich fortgesetzt. Männer wie Lujo Brentano, Heinrich Diezel, Walther Lotz, von Schulze-Gävernitz, Sombart haben schon vor geraumer Zeit aus ihrer vertragsfreundlichen Stellung und aus ihrer Verwerfung höherer Brotgetreidezölle kein Hehl gemacht. Kürzlich hat dann bekanntlich auch Prof. Conrad in Halle in einer Publikation des Vereins für Sozialpolitik seine sorgfältig begründete, von uns an leitender Stelle eingehend behandelte Ansicht gegen die Erhöhung der Brotgetreidezölle niedergelegt, und diese Schrift des Vereins ist von dem Vorsitzenden Prof. Schmoller, wie noch erinnerlich, zum lebhaften Mißvergnügen der Agrarier dem Reichskanzler persönlich überreicht worden. Von einem der hervorragendsten Nationalökonomen Deutschlands, Albert Schaeffle, dem früheren österreichischen Handelsminister, sind wir heute in der Lage, ebenfalls mittheilen zu können, daß er im wesentlichen den Standpunkt theilt, den die anderen erwähnten Professoren der Nationalökonomie in dieser gegenwärtig wichtigsten Frage der praktischen Volkswirthschaft einnehmen. Schaeffle schreibt auf eine Bitte, sich in der „Nation" gutachtlich zu äußern, folgendes:

„Von der Erfüllung Ihres Wunsches würde mich ein innerer Grund nicht abhalten, denn wie ich seinerzeit lebhaft für die Caprivi'schen Verträge eingetreten bin, könnte ich es auch für deren wesentliche Erneuerung thun. Meine Ansicht hat sich inzwischen weder im allgemeinen, noch was speziell die Getreidezölle betrifft, irgendwie geändert."

Wir glauben, daß, wenn die Regierung einmal eine Enquête bei sämmtlichen Vertretern der nationalökonomischen Wissenschaft in Deutschland veranstaltete, wie sie zu der Frage der Erneuerung der Handelsverträge und insbesondere zu der Frage der Erhöhung der Getreidezölle stehen, mit sehr wenigen Ausnahmen die gesammte Wissenschaft sich gegen die agrarischen Forderungen auch in der sogenannten bescheidenen Form des Grafen Klinckowstroem erklären würde.

Politisches.

* Daß gelegentlich der demnächst stattfindenden Zweihundertjahrfeier der preußischen Monarchie eine Reihe von Standeserhöhungen vollzogen werden sollen, wird auch neuerdings wieder mehrfach betont. Unter den neuen Fürstengeschlechtern, deren Schaffung in Aussicht genommen ist, soll auch der westfälische Adel mit zwei seiner hervorragendsten Familien Aufnahme finden, und zwar wird als eine derselben die der Reichsgrafen zu Landsberg-Velen und Gemen genannt. — Den Vortheil von derartigen Standeserhöhungen hat lediglich Herr Miquel, der für den Staatssäckel wieder einen hübschen Beitrag erhält. — Nach dem Hofbericht sollen übrigens einzelne besondere „Gnadenbeweise" beim Krönungsjubiläum auch Gemeinden und Korporationen zu theil werden, die Verleihungen zu der Krönung vor 200 Jahren gehabt haben.

* Anscheinend um die neuerlichen Krisengerüchte bezüglich des Ministers des Innern Freiherrn von Rheinbaben zu erklären, meldet der „Hannov. Cour." aus Berlin, Frhr. von Rheinbaben sei, als Graf Bülow angesichts der im Prozeß Sternberg stattgehabten Enthüllungen über Mißstände in der Kriminalpolizei den Minister des Innern zu einer Besprechung eingeladen hatte und diese Thatsache in der „N. A. Z." bekanntgegeben wurde, von dieser Veröffentlichung nicht angenehm berührt gewesen, und es soll deshalb damals zwischen dem Reichskanzler und ihm eine Art Verstimmung Platz gegriffen haben. Diese Verstimmung sei aber wieder behoben. — Wir haben dieser Tage erst der Ansicht Ausdruck gegeben, daß sich Frhr. v. Rheinbaben auf seinem Ministersessel viel zu wohl fühle, als daß er, der noch inmitten der Vierziger steht, sich schon jetzt auf einen Oberpräsidentenposten zurückzuziehen geneigt sein könnte.

* Es ist noch gar nicht so lange her, daß Herr Bueck mit dürren Worten die Hoffnung aussprach, ein besser unterrichteter Staatssekretär möge dem Grafen Posadowsky folgen. Die Aussicht des Generalsekretärs vom „Centralverband Deutscher Industrieller" scheint inzwischen einer durchaus eisenden Revision unterworfen worden zu sein, denn in der „Deutschen Industrie-Zeitung" sieht zu lesen:

„Daß Graf v. Posadowsky bezüglich der Handelsvertrags- und Zollpolitik auf dem Standpunkt steht, den auch der Centralverband einnimmt, ist von mir in meinem einganzs erwähnten Artikel schaf hervorgehoben worden. Im Centralverbande herrscht unbedingt die Ueberzeugung, daß der Herr Staatssekretär hinsichtlich des künftigen Zolltarifs diejenige mittlere Linie vertritt, deren Einhaltung den für das wirthschaftliche Gedeihen des Deutschen Reiches absolut nothwendigen Abschluß langfristiger Handelsverträge ermöglicht. Unter diesen Umständen kann nur böser Wille oder gänzliche Urtheilslosigkeit zu der Unterstellung gelangen, daß der Centralverband oder dessen Geschäftsführung bestrebt sei, einen Minister von seinem Amte zu entfernen, der mit vollem Verständniß und seltener Energie und Kraft in der jetzt bedeutungsvollsten Frage der Zollpolitik, besonders aber in der Vorbereitung des Abschlusses künftiger Handelsverträge dieselbe Richtung wie der Centralverband verfolgt."

Daß sich Herr Bueck hiernach selbst böses Willen und gänzliche Urtheilslosigkeit unterschiedt, ist recht ergötzlich. Die plötzliche Sinnesänderung des Anwalts der Großindustriellen könnte die Meinung aufkommen lassen, daß der Wunsch, den Herr Bueck vor kurzem hinsichtlich des Grafen Posadowsky äußerte, schneller in Erfüllung zu gehen drohe, als den Großindustriellen lieb wäre. Daher der Fall in das andere Extrem.

* Dem Bund der Landwirthe beginnt es etwas schwül zu werden, nachdem so treue Fürsprecher agrarischer Begehrlichkeit wie Graf Klinckowstroem, von Puttkamer-Plauth und von Levetzow den Abschlag der neuen Handelsverträge nicht ganz allein nach den maßlosen Wünschen der Brotwucherer in die Wege leiten wollen. Mit einem erregenten Appell an die „maßgebenden" Führer der Landwirthschaft glaubt die „Korresp. des Bundes der Landwirthe" noch retten zu können, was zu retten ist. Sie schreibt:

„Wie gefährlich ein Abweichen von einem einmal eingeschlagenen Wege ist und daß ein vielleicht in der besten Absicht unternommenes ‚Kompromissiren' schließlich zu einem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010107016/fragment/page=0001

gänzlich werthlosen Resultate führen kann, haben wir beim Fleischschaugesetz erlebt. Daß diesmal bei der Aufstellung des neuen Zolltarifs unter keinen Umständen derselbe Fehler gemacht werden darf, darüber ist sich die gesammte deutsche Landwirthschaft, sind sich die maßgebenden Führer derselben vollkommen einig."

Wenn der Bund der Landwirthe bereits die Führer der Landwirthe in zwei Klassen scheidet, muß er es sich schon gefallen lassen, daß man sich auch an die nicht „maßgebenden" Führer im konservativen Lager wendet. So empfiehlt die „Köln. Volkszeitung" den von der Bundesleitung angerempelten Freunden der Regierung eine runde Absage an die Bundeshäupter, und meint ferner:

„Wir glauben, daß auch die konservativen im großen und ganzen nichts dagegen haben würden, denn unter der Tyrannei der Bündler ist ihnen doch nicht allzu behaglich. Ihr Verhalten beim Fleischschaugesetz und die jüngste Rede des Grafen Klinckowstroem in Königsberg haben das deutlich genug erkennen lassen."

Hierin ist die „Köln. Volksztg." zu optimistisch. Die konservative Partei braucht zu ihrer Existenzfähigkeit eine demagogische Unterströmung. Daher ihr derzeitiges Bündniß mit den Antisemiten und später das innige Verhältniß mit der Agrardemagogie.

Volkswirthschaftliches.

* Italienische Blätter wissen allerlei zu berichten über eine Unterredung, welche ein italienischer Deputirter, Graf Laurenzana, mit dem Fürsten Herbert Bismarck über die zukünftigen Handelsbeziehungen Deutschlands zu Italien gehabt hat.

„Die deutschen Agrarier," so soll Herbert Bismarck gesagt haben, „werden zwar im Einverständniß mit der Regierung und nunmehr auch mit dem Kaiser (!) einen höheren Zoll auf italienische Trauben, Wein, Gemüse und Blumen verlangen, allein sie werden zur Gewährung von Erleichterungen bereit sein, wenn dies im politischen Interesse liegt. Italien könne von einem deutschen Zollkrieg mit Amerika sehr wohl Nutzen ziehen, sowohl hinsichtlich der landwirthschaftlichen Produkte als auch der Baumwolle, deren Kultur in Sizilien einen großen Aufschwung nehmen werde." Aus den Gesprächen mit Bismarck wie mit anderen hervorragenden Politikern schließt Laurenzana, daß Italien von Deutschland einen ganz annehmbaren Handelsvertrag erwirken werde, falls es nur im kritischen Augenblick hinter die Coulissen schaue und bereit sein werde, Deutschland Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Das heißt, Italien müsse den deutschen Schutzzöllen seinerseits höhere Zölle auf Maschinen und Bier entgegensetzen und müsse die deutsche Cabotage (Küstenschiffahrt) erschweren, endlich nöthigenfalls auch die politische Allianz von der kommerziellen Freundschaft abhängig machen.

Uns will dünken, als legten die italienischen Blätter mehr Gewicht auf die angeblichen Aeußerungen des Fürsten Bismarck, als diese es verdienen. An einen Zollkrieg mit Amerika ist gar nicht zu denken, denn schon gelegentlich des Fleischschaugesetzes hat die deutsche Regierung erkennen lassen, daß sie sich der ungeheuren wirthschaftlichen Nachtheile sehr wohl bewußt ist, die ein Abbruch der freundschaftlichen Handelsbeziehungen zu Amerika im Gefolge haben müßte.

* Das Dezemberheft der nordamerikanischen Konsulatsberichte gewinnt diesmal ein besonderes Interesse durch einen ausführlichen Bericht des Generalkonsuls Frank H. Mason zu Berlin über „Zollpolitik und Handelsverträge in Deutschland". Der Berichterstatter konstatirt zunächst, daß die Handelsverträge von 1892 unwiderleglich der deutschen Industrie und dem deutschen Handel einen außerordentlichen Aufschwung gegeben hätten, so daß Deutschland in erster Reihe hierdurch den hervorragenden Platz auf dem Weltmarkt erlangt habe, den es gegenwärtig unter den Nationen einnehme. Nur die deutsche Landwirthschaft behaupte harmäckig, durch eben diese Politik der Handelsverträge schwer geschädigt zu sein, und so hätten sich denn die Interessenten in zwei große Wirthschaftsgruppen und demgemäß die öffentliche Meinung in zwei feindliche Lager gespalten, welche in heftigem Kampf mit einander ringen. Ein „interessantes Streiflicht" auf die handelspolitische Lage Deutschlands werfen nach Ansicht des Berichterstatters die in jüngster Zeit wiederholt eingetretenen Lieferungen amerikanischer Stahl- und Eisenfirmen nach Deutschland. Diese Vorkommnisse sind seines Erachtens ein Warnungssignal „gegen eine Politik, welche durch Vertheuerung der Lebenshaltung die deutsche Industrie der Fähigkeit beraubt, ihrem überseeischen Wettbewerb mit Erfolg zu begegnen." Wenn man die handelspolitische Haltung gerade der deutschen Eisen- und Stahlindustrie daraufhin prüft, kann man sich leider der Erkenntniß nicht entziehen, daß die Beurtheilung unserer handelspolitischen Lage im gegnerischen Lager eine zutreffendere ist als in manchen Kreisen der einheimischen Interessenten.

* Die Handels- und Gewerbekammer von Oberbayern hat die bayerische Regierung aufgefordert, dem Saccharin-Gesetz mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Die Kammer drückte das Bedauern aus, daß der Entwurf vor der Ausarbeitung nur der preußischen und sächsischen Regierung, nicht auch den übrigen Regierungen vorgelegt worden sei. Aehnlich sei es mit dem Tarifgesetz gewesen. Eine so einseitige Behandlung wichtiger, das allgemeine Interesse tief berührender Gegenstände sei sehr zu bedauern.

* Die Auswanderung über Bremen umfaßte im Jahre 1900 im ganzen 95,961 Personen gegen 86,072 im Vorjahre und 56,218 im Jahre 1898. Unter den Auswanderern des Jahres 1900 befanden sich 9073 Deutsche gegen 8988 im Jahre 1899.

Parlamentarisches.

Die Volkszählung vom 1. Dezember hat in allen Industriegebieten ein starkes Wachsthum der Bevölkerung nachgewiesen. Dadurch erhöht sich stellenweise die Zahl der Wahlmänner, welche zur Vornahme der Wahlen von Abgeordneten zum Landtage berufen sind, in geradezu unerträglicher Weise. Insbesondere wird jetzt darauf hingedeutet, daß der Wahlkreis Bochum-Dortmund im Jahre 1903 über dreitausend Wahlmänner zu wählen haben wird. Hieraus nimmt die „Natl. Korresp." Veranlassung zu folgenden Erörterungen:

„Wie ein solcher Wahlkörper bewegt werden soll, ist an sich nicht zu verstehen, geschweige denn, wie er dreimal zur ordentlichen Abstimmung schreiten soll. Es hat schon im Jahre 1898 die äußersten Schwierigkeiten verursacht, in den beiden Riesenwahlkreisen Dortmund-Bochum mit seinen 2678 und Essen-Duisburg mit seinen 2136 Wahlmännern eine Wahl von drei Abgeordneten ordnungsmäßig zustande zu bringen. Die nächstgrößten Wahlkollegien von Berlin II mit 2320 und Teltow-Charlottenburg mit 1913 Wahlmännern hatten wenigstens nur je zwei Abgeordnete zu wählen, aber auch dort vertritt man nach den Erfahrungen der letzten Landtagswahl mit aller Bestimmtheit die Ueberzeugung, daß es das nächste mal „nicht mehr geht." Um wie viel weniger wird es möglich sein, über 5000 Wahlmänner in Dortmund-Bochum in einem Saal zu versammeln, deren Mandate von der Versammlung selbst prüfen, womöglich über einzelne kritische Vorkommnisse bei der Urwahl auch noch Rede und Gegenrede führen zu lassen, Abstimmungen über die Gültigkeit der Wahlmännermandate vorzunehmen und dann dreimal 5000 Wahlmänner aufrufen, an den Wahltisch treten, abstimmen zu lassen und deren Abstimmung zu protokolliren? Wenn nicht ein Drittel der Wahlmänner zu Hause bleibt und die übrigen zwei Drittel von vornherein einig sind, ihre Stimmen auf dieselben Kandidaten zu vereinigen, ist es einfach nicht denkbar, ein solches Wahlgeschäft vorschriftsmäßig zu erledigen. Es dürfte sich also empfehlen, in solchen Riesenwahlkreisen auch für die Abgeordnetenwahl Abstimmungsbezirke einzurichten, derart, daß höchstens bis zu tausend Wahlmännern in einem und demselben Lokal versammelt zu werden brauchen."

Derartige starke Wahlkörper bereiten dem Wahlverfahren ganz entschieden erhebliche Schwierigkeiten, darin stimmen wir der „Natl. Korresp." durchaus bei. Aber durch die Einrichtung von Abstimmungsbezirken würden dieselben doch nur theilweise und lediglich auch vorübergehend behoben werden. Eine radikale Aenderung vermag nur die Einführung des allgemeinen gleichen und geheimen direkten Wahlrechts auch für die Landtagswahlen herbeizuführen, vor dem die „Natl. Korr." natürlich ein gellendes Grauen hat.

Heer und Flotte.

* Gelegentlich der Neujahrsparole hat sich der Kaiser, wie wir schon mittheilten, gegen das Tragen von Civilkleidern durch die Offiziere ausgesprochen. Die Form, in der dies geschehen ist, soll neuerer Verlautbarung zufolge recht scharf gewesen sein, der Monarch soll gesagt haben: „Wenn den Herren der Rock nicht mehr gefällt, den ich ihnen gebe, so sollen sie ihn ablegen — aber dann überhaupt; dagegen habe ich nichts; so lange sie ihn aber behalten, sollen sie ihn auch immer tragen." — Ob diese Version Anspruch auf Richtigkeit machen kann, möchten wir dahingestellt sein lassen.

Kolonialles.

* Wie die „Deutsche Wochenzeitung in den Niederlanden" mittheilt, haben die in Holland weilenden Buren, welche sich in Deutsch-Südwestafrika niederlassen wollen, nun die nöthigen Papiere vom deutschen Kolonialamt erhalten. Dieselben werden vom Gesandten des Oranje-Freistaates Dr. Hendrik Muller übersetzt. Präsident Krüger und Dr. Leyds müßten sie noch billigen und dann würden die beiden van der Westhuizens nach Berlin reisen, um sie von Dr. Stübel und schließlich vom Kaiser unterzeichnen zu lassen. Alles was für den „trek" dringend nöthig ist, werden die Buren in Swakopmund kaufen und dann den zwei Monate dauernden „trek" nach Grootfontein, Beersheba und Bethany in Namaqualand beginnen. Dort hat ihnen die deutsche Regierung Grund zu 45 Cents bis 1,20 st. pro Hektar überlassen.

[Nachdruck verboten.]

Gesellschaft für soziale Reform.

sh. Berlin, 7. Januar.

Zur Begründung einer deutschen Sektion der „Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz" unter dem Namen einer „Deutschen Gesellschaft für soziale Reform" traten gestern abend etwa 200 Männer und Frauen aus allen Schichten der Bevölkerung im kleinen Saale des Architektenhauses unter dem Vorsitz des früheren Handelsministers von Berlepsch zusammen. In der Versammlung bemerkte man u. a. die Reichstagsabgeordneten Dr. Roesicke-Berlin, Abg. Bassermann und Professor Hitze-Münster, die Professoren Schmoller-Berlin und Brentano-München, Vertreter der Evangelischen Arbeitervereine und der katholischen christlichen Gewerkschaften, so den Arbeitersekretär Gisberts-M.-Gladbach und Bergmann Brust-Altenessen, weiter die Nationalsozialen von Gerlach und Tischendörfer, und schließlich Vertreter der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine und verschiedene sozialpolitische Schriftsteller. In einem einleitenden Vortrage legte Excellenz v. Berlepsch den Zweck und Ziele der zu begründenden Gesellschaft dar. Während die „Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz" die großen allgemeinen Arbeiterschutzfragen, wie Sonntagsruhe, Frauenarbeit, Arbeitszeit etc., sich zur Aufgabe gestellt habe, solle die nationale Vereinigung diejenigen Fragen des Arbeiterschutzes zur Lösung zu bringen suchen, welche für Deutschland besonders von Interesse sind. Sie solle demgemäß die Förderung der Arbeitervereine und der Berufsgenossenschaften für Arbeiter und ferner den weiteren Ausbau der Gesetzgebung im Interesse der Arbeiterklasse sich angelegen sein lassen. Die Gesellschaft soll zu diesem Zwecke, so führte Herr v. Berlepsch im weiteren aus, nicht darauf ausgehen, ein wissenschaftlicher Verein zu werden. Auf der anderen Seite aber soll sie dankbar die Arbeiten und Meinungen der Wissenschaft entgegennehmen und ausnutzen. Als wissenschaftlicher Verein in diesem Sinne besteht bereits der Verein für Sozialpolitik, die „Gesellschaft für soziale Reform" hatte demnach die Aufgabe, die Goldbarren dieses Vereins in kleine, gangbare Münze umzuprägen und in die allerweitesten Kreise zu tragen. Was unsere Thätigkeit anlangt, so soll sie in erster Linie darauf ausgehen, diejenigen Fragen, welche wir für reif halten, der Gesetzgebung zuzuführen und für ihre Festlegung mit allen Kräften einzutreten. Es werden dies immer nur einige besonders hervorragende sein, und es ist deshalb anzunehmen, daß unsere Gesellschaft dabei die verschiedenen Strömungen auf sozialpolitischem Gebiete zu gemeinsamen Thun vereinen wird. Das ist eine sehr wichtige Frage, da zur Zeit noch vielfach Unklarheit und Unfruchtbarkeit in dieser Sache herrscht. So liegen dem demnächst zusammentretenden Reichstage nicht weniger als 21 Anträge sozialpolitischer Natur vor. Das ist insofern bedauerlich, als es den Gegnern der Sozialreform eine Waffe in die Hand geben kann. Zur Mitarbeit an unserem Werke wollen wir alle diejenigen, denen es ernst ist um eine ersprießliche Sozialreform, einladen, alle diejenigen, die gleich uns der Meinung sind, daß dem Arbeiter auch sein Platz an der Sonne erobert und gesichert werden muß, die in dem Ringen der Arbeiter um die Besserung ihrer Lage nicht nur ein historisches Moment, sondern eine sittliche Nothwendigkeit erblicken und aus diesem Grunde dem Arbeiter in seinem Ringen nicht nur mit Staatshilfe, sondern auch durch Stärkung der Selbsthilfe entgegen kommen wollen, und in diesem Sinne ist uns jeder willkommen, welcher Partei, welchem Stande oder welcher Religion er auch sonst angehören möge. In unserer Gesellschaft soll sich der Unternehmer und der Arbeiter treffen und in gerechter und kluger Weise dem gemeinsamen Zwecke dienen. Redner bedauert, daß die Unternehmer sich bisher noch nicht sehr zahlreich gemeldet hätten, dagegen sei es erfreulich, daß die Arbeitervereinigungen, soweit sie nicht unter sozialdemokratischen Einflusse ständen, sich bereits angemeldet hätten, so der Gesammtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands, der Gesammtverband der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine, der Verband katholischer Gewerkvereine und 21 weitere katholische Einzel-Arbeitervereine. Wenn es gelingt, die verschiedenen Richtungen bei wichtigeren sozialpolitischen Fragen zusammen zu führen und die ganze gemeinsame Thätigkeit auf diese einzelnen Fragen zu konzentriren, so wird es nicht schwer werden, durchgreifende Erfolge zu erzielen.

Die Versammlung wählte hierauf Exc. von Berlepsch, Professor Brentano-München, Professor Francke-Berlin und Fabrikant Wirminghaus-Köln in den Vorstand der Konferenz und nahm sodann einen längeren Vortrag des Prof. Sombart-Breslau über die zu beschließenden Statuten der Gesellschaft entgegen, welche der Redner ausgearbeitet hat und sehr eingehend begründete. Er führte u. a. aus, daß man die Statuten so gehalten habe, um auf die breiten Massen des sogen. „gebildeten Bürgerthums" Einfluß zu gewinnen, jene „unintereffirten" Kreise, in welche bisher die Idee des Arbeiterschutzes noch keinen Eingang, bezw. kein Verständniß gefunden habe. Der § 1 der Statuten bezeichnet als Aufgabe der Gesellschaft:

1. Durch Aufklärung in Wort und Schrift die soziale Reform auf dem Gebiete der Lohnarbeiterfrage in Deutschland zu fördern durch
   a) den weiteren Ausbau der Gesetzgebung im Interesse der Arbeiterklasse,
   b) die Förderung der Bestrebungen der Arbeiter, in Berufsvereinen und Genossenschaften ihre Lage zu verbessern.
2. Als deutsche Sektion der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz deren Bestrebungen mit allen Kräften zu unterstützen.

Die übrigen Paragraphen sind ohne öffentliches Interesse.

Bei dem Paragraph, die Mitgliedschaft betreffend, entspann sich eine längere Debatte, die die Betheiligung der Frauen an der Gesellschaft zum Gegenstand hatte. Die Versammlung überwies die Erledigung der Frage schließlich dem zu bildenden großen Ausschuß der Gesellschaft, in den folgende Herren gewählt wurden: 1. Die Professoren Brentano-München, Schmoller-Berlin, Sombart-Breslau und Adolf Wagner-Berlin; 2. die Vertreter des Vereins für Gemeinwohl Merton-Frankfurt a. M. und Bettenstein-Barmen, Dr. Hirsch-Berlin und Montenr Kammin-Berlin für die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine, Dr. Pieper und Sekretär Giesberts-M.-Gladbach für die katholischen Arbeitervereine, Lic. Weber-M.-Gladbach und Gärtner Behrends für die evangelischen Arbeitervereine, Lehner-Würzburg für den Elsenbahnverband, Kaufmann Schäfer-Frankfurt a. M. für den kaufmännischen Verband; 3. Pfarrer Naumann und Sekretär Tischendörfer von den Nationalsozialen; 4. die Abgg. Bassermann, Stöcker, Wachnicke, Waasche, Dr. Hitze, Trimborn und Schmidt-Elberfeld und 5. Excellenz v. Berlepsch, Redacteur Francke, Land.-Oekonomierath Robbe, Fabrikant Wirminghaus-Köln, Verleger Sonnemann-Frankfurt a. M., Bergmann Brust-Altenessen und Dr. Roesicke-Berlin.

Mit der einstimmigen Annahme der Statuten schloß die Versammlung, der in nächster Zeit eine Vorstandssitzung folgen soll.

Ausland.

Die Wirren in China.

Nach einer Reuter-Meldung aus Peking soll Li-Hung-Tschang jetzt infolge eines Rückfalls ernstlich krank und infolgedessen eine Stockung in den Friedensverhandlungen zu befürchten sein. Fast könnte es dünken, als habe der schlaue chinesische Diplomat in dem Krankheit eines seiner Mittel entdeckt, mit denen er die Unterhandlungen am besten in die Länge zu ziehen vermag und die Gesandten sollten deshalb nicht zögern, dieses Ränkespiel zu nichte zu machen und die Ernennung eines neuen Unterhändlers zu fordern. Es wird doch auch ohne Li-Hung-Tschang gehen.

Aus chinesischen Zeitungen

liegt heute eine Reihe telegraphisch übermittelter Meinungs-Aeußerungen vor, die nach mehr denn einer Richtung hin interessant sind. So weiß das Blatt „Su Pao" zu melden daß der kaiserliche Hof angeordnet hat, daß Karten von Peking angefertigt werden sollen, aus denen der angerichtete Schaden genau zu ersehen ist, besonders soweit er die verbotene Stadt betrifft. Dieser Schritt deutet offenbar darauf hin, daß der Hof sich überzeugen will, ob die Rückkehr nach Peking jetzt rathsam und möglich ist. Die Zeitung „Tungwehu-Pao" ist der Ansicht, daß es außerordentlich unvernünftig von der Kaiserin-Wittwe wäre, nach Peking zurückzukehren. Mit Bezug darauf erinnert das Blatt daran, daß Graf Waldersee Li-Hung-Tschang ausdrücklich erklärt habe, der deutsche Kaiser wünsche, daß der Kaiser von China bei seiner Rückkehr nach Peking mit kaiserlichen Ehren empfangen werde, während von der Kaiserin-Wittwe überhaupt keine Rede gewesen sei. Der „Tschang-wei-yih-Pao" bringt die Nachricht, daß ein gewisser ausländischer Konsul, wie man annimmt der britische, nachdem er alle Thatsachen, die mit den Unruhen von Tschu-tsechen und den daselbst vorgekommenen Christenmorden zusammenhängen, an den Gesandten seines Landes nach Peking telegraphirt, gefordert habe, daß die chinesische Regierung gezwungen werden sollte, alle Schuldigen, sowohl Beamte als auch andere, hinzurichten, und daß, wenn dies nicht geschehe, Gewalt angewandt und Tschutau zunächst als Kohlenstation genommen werden sollte. Persönliche Nachfragen in dieser Angelegenheit ergaben, daß das britische Konsulat in Shanghai nichts davon wisse, daß derartige Schritte unternommen worden seien, daß man es aber für möglich halte, daß der britische Gesandte in Peking Schritte unternommen habe.

Ueber neue deutsche Truppenbewegungen

meldet Generalfeldmarschall Graf Waldersee unterm 3. d. M. aus Peking: Patrouillen haben bei Makang-tschwang Feuer erhalten. Die Kolonne Madai marschirt von Tung-tschou auf dem linken Peiho-Ufer nach Norden, die am 31. gemeldete Kolonne unter Hauptmann Hering über Tschi-tsun-schwang auf Yang-ko-tschwang, die Kolonne Grüber von neuem über San-ho-hsien auf Ping-lu-hsien.

Der südafrikanische Krieg.

Die Bank in Kapstadt hält an, einem Gerücht zufolge soll bei Sutherland, 200 Kilometer nördlich von Kapstadt, ein Gefecht stattgefunden haben. Offizielle Nachrichten darüber fehlen jedoch, überhaupt liegt heute nicht eine einzige amtliche Meldung über neue Kämpfe vor. Dagegen berichtet die „Daily Mail" aus angeblich zuverlässiger Quelle, De Wet beabsichtige in die Kapkolonie einzufallen, sobald die vorausgeschickten Kommandos ihre Stellungen geflohen haben. Ferner läßt sich die „Magdeb. Ztg." über Brüssel aus Lourenço Marquez melden, General Botha habe im Osten von Prätoria einen Sieg errungen. Amtliche Bestätigungen dieser Nachrichten oder Einzelheiten über den Sieg Botha's sind bisher noch nicht eingegangen.

Aus Kapstadt wird berichtet, daß der Premierminister der Kapkolonie, Gordon Sprigg und der Oberkommissar Milner am Sonnabend eine lange Unterredung hatten, deren Ergebniß war, daß sofort ein besonderer Kabinetsrath einberufen werden wird. Es wird eine wichtige Bekanntmachung erwartet.

Von Lissabon sind neue, nach Lourenço Marquez bestimmte, portugiesische Truppenverstärkungen abgegangen.

Oesterreich-Ungarn.

Am Sonnabend vormittag fand in Wien im Handelsministerium eine Sitzung des Subkomitees des Industrierathes zur Vorbereitung der Anträge, betr. die Herstellung von Wasserstraßen, statt. Hofrath Hillinger erörterte die vom hydrotechnischen Bureau des Handelsministeriums ausgeführten Studien und ausgearbeiteten Projekte für Wasserstraßen. Solche Projekte liegen vor für Donau-Oder, Donau-Moldau

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010107016/fragment/page=0002

oder Elbe- (Weichsel-Pardubitz) und den Oder-Weichsel-Kanal (Hruschau-Krakau) sowie östlich von Krakau für den Weichsel-San und den San-Dniesterkanal. Von diesen sind die Projekte für den Oder-Weichsel- und den San-Dniester-Kanal technisch geeignet, einer Trace revision unterzogen zu werden, während für den Donau-Oder-Kanal schon detaillirte Bauprojekte ausgearbeitet sind. Das Komitee sprach seine Befriedigung über den fortgeschrittenen Stand der Studien und Projekte aus, und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß den Donau-Oder-Kanal sich als Haupttheil jedes der Wasserstraßennetze darstelle und daß dieser daher zunächst ausgeführt werden sollte. Das Komitee beschloß, bei der Regierung die Einsetzung einer Kommission zu beantragen, welche die Frage des für diesen Kanal anzuwendenden technischen Systems eingehend zu studiren und deren Lösung vorzubereiten hätte.

Auf dem Viktoria-Tiefbau- und dem Habsburg-Schacht bei Brüx sind 450 Bergleute ausständig.

Bei der gestrigen Reichsraths-Stichwahl der allgemeinen Wählerklasse in Triest wurde der bisherige italienisch-nationale Abgeordnete Hortis gegen den slovenisch-nationalen Kandidaten gewählt. Die Wahlbewegung war sehr lebhaft und machte wiederholtes Einschreiten der Polizei nöthig. 51 Personen wurden wegen verschiedener Wahl-Mißbräuche verhaftet.

Großbritannien und Irland.

Lord Roberts übernahm am Freitag seinen Dienst als Oberstkommandirender der britischen Armee. Er hat durch die Presse den Bewohnern von London seinen Dank für den Empfang ausgesprochen, der ihm bereitet worden ist, und hat die Gelegenheit benutzt, an das Volk zu appelliren und es aufzufordern, in reichlicher Weise dem Appell der Prinzessin von Wales für den Wittwen- und Waisenfonds der Armee Folge zu geben. Anfang des nächsten Monats wird noch ein feierlicher Empfang in der Guildhall stattfinden. Lord Roberts, der bisher den Titel Baron Roberts of Kandahar führte, wird sich von jetzt ab Earl Roberts of Kandahar and Pretoria nennen. Sein Einkommen als Oberstkommandirender ist auf 5000 Pfd. Sterl. jährlich festgesetzt worden.

Ueber den wiederholt von uns erwähnten Vorfall an Bord des englischen Flaggschiffes „Barfleur" meldet das „Reuterische Bureau" aus Hongkong vom 5. d., die Insubordination habe vor einer Woche stattgefunden, sei aber nicht annähernd eine Meuterei gewesen. Fünf Lafettenrahmen seien über Bord geworfen worden. Die Angelegenheit sei von der lokalen Presse ganz bedeutend übertrieben worden. Nach kurzer Untersuchung seien drei Mann dem Kriegsgericht überwiesen worden.

Italien.

In 16 Wahlbezirken fanden am Sonntag Ersatzwahlen zum Parlament statt. In Mailand wurde der Sozialist Cabrini gewählt. Weitere Nachrichten liegen zur Stunde noch nicht vor.

Rußland.

In Westsibirien herrscht an vielen Orten schwerer Nothstand, da eine völlige Mißernte zu verzeichnen war. Besonders groß, so wird der „Frankf. Ztg." berichtet, ist die Noth im Gouvernement Tobolsk. So nähren sich in einem Dorfe im Kreise Tjukalinsk von 113 Familien (337 Männer und 273 Frauen) bereits seit dem Oktober 45 Familien nur noch von Kartoffeln. Der Getreidevorrath der übrigen Familien ist sehr klein. Die meisten Leute haben nur noch bis Weihnachten zu essen. Blos drei Familien können ohne fremde Hilfe bis zum Sommer sich durchschlagen. Natürlich herrschen Magen- und Darmkrankheiten in diesem Dorfe. Noch ist glücklicherweise kein Fall von Hungertyphus vorgekommen.

Türkei.

Ueber einen Konflikt mit Rußland berichtet man aus Konstantinopel: Die russische Botschaft erneuerte im Yildiz-Palais und bei der Pforte die Schritte in betreff des Verlangens nach Bildung eines besonderen Gerichtshofes zur Aburtheilung und Bestrafung der Kurden, welche im letzten Herbst den Grenzen des russischen General-Konsulats in Erzerum angegriffen hatten. Die letzte in dieser Angelegenheit dem russischen Botschafter überreichte Note der Pforte wurde für nicht genügend erachtet. Wie versichert wird, hätte ein kaiserliches Irade angeordnet, dem Verlangen Rußlands stattzugeben. Sollte sich die Ausführung dieses Irades verzögern, so würde sich Rußland, wie man betont, genöthigt sehen, zu energischeren Maßregeln zu greifen.

Serbien.

Das Belgrader Amtsblatt veröffentlicht die Liste der Kronrepräsentanten für die während der Parlamentsferien erledigten Sitze. Unter den Ernannten befinden sich 8 Radikale, 6 Liberale, 4 ehemalige Fortschrittliche und 4 Neutrale. Diese Liste beweist aufs neue, daß die noch vor wenigen Monaten verfehmten Radikalen wieder Oberwasser haben.

Kleine Notizen.

Amtlichen Angaben zufolge betrugen die Steuer-Einnahmen des verflossenen Jahres in Spanien 956 Millionen, während das Budget nur 886 vorsah. Der Ueberschuß beträgt also 70 Millionen. Die Ausgaben sind budgetmäßig auf 905 Millionen festgestellt.

In Petersburg ist das Erscheinen der vom Fürsten Baratinsky herausgegebenen Zeitung „Sjevernyi Kurier" verboten worden.

Die rumänische Kammer hat sich bis zum 22. Januar vertagt.

Ausländische Waaren, die nach Brasilien mit Etiketten in portugiesischer Sprache eingeführt werden, müssen vom 1. März d. J. einen Vermerk über das Land ihrer Herkunft tragen.

Provinzialnachrichten.

* **Merseburg**, 6. Jan. [Die vertauschten Bahnhofsgebäude.] Dem „Merseb. Korresp." geht aus Anlaß einer argen Verwechslung zweier Brücken beim Bahnbau in der Nähe von Reußlingen folgende interessante Zuschrift zu: „Vielen Passanten der Bahnhöfe Corbetha und Dürrenberg mag es aufgefallen sein, daß die Warteräume in Corbetha für den dortigen Verkehr viel zu klein, diejenigen von Dürrenberg dagegen ungemüthlich groß und umfangreich sind. Die Ursache dieser Erscheinung ist ein gleicher Schwabenstreich, doch mit etwas interessanteren Nebenumständen. Ein Baumeister aus Merseburg hatte vertragsmäßig die Bahnhofsgebäude Markranstädt, Kötzschau, Dürrenberg und Corbetha nach den ihm vom Bauherrn in Erfurt gelieferten Skizzen zu erbauen, und es muß mit dem Bau große Eile gehabt haben. Der Baumeister erhält Anweisung zum Beginn des Baues in Dürrenberg nach der dieser Anweisung beigefügten Zeichnung, auf welcher deutlich „Corbetha" als Bauplatz bezeichnet wird. Einen Irrthum vermuthend, macht unser Baumeister an maßgebender Stelle darauf aufmerksam und erhittet sich schleunigst die andere Zeichnung. Wie erstaunt er aber, an Stelle dieser eine sehr unliebenswürdige amtliche Verfügung zu erhalten etwa des folgenden Inhalts: „Um solche Sachen haben Sie sich nicht zu bekümmern, Sie haben lediglich nach Befehl zu bauen, und wenn Ihnen das nicht paßt, so brauchen Sie es nur zu sagen, wir haben Bewerber genug zum Bau." Erst nachdem der Bau des Erdgeschosses Dürrenberg ziemlich weit vorgeschritten war, entdeckte die aus Erfurt entsendete Bau-Kontrolle, daß der für Corbetha bestimmte Bahnhof nach Dürrenberg und umgedreht versetzt war. Dem über dem Haupte des Baumeisters drohenden Unwetter konnte dieser zufällig damit begegnen, daß er die an dem Bau mitgeführte unliebenswürdige Verfügung des Herrn Bauinspektors im Original vorlegte. So kam Dürrenberg zu einem großen Bahnhofsgebäude, dessen Räume selbst bei fernerem Wachsthum des Badeverkehrs auch auf eine längere Reihe von Jahren im 20. Jahrhundert ausreichen dürften."

-o. **Naumburg a. S.**, 6. Jan. [Opfer des Berliner Bankkrachs.] Einem hiesigen Hausbesitzer fiel es auf, daß er seine Miethermen, zwei ältere aus dem Eisaß zugezogene Damen, einige Tage nicht zu Gesicht bekam. Als er die Wohnungsthür der beiden verschlossen fand, auch keinen Einlaß erhielt, wurde die Thür gewaltsam geöffnet, worauf man in zwei Ecken eines Zimmers zusammengekauert die beiden Damen in äußerst erschöpftem Zustande vorfand. Angeblich haben sie bei dem Berliner Bankkrach ihr Vermögen verloren und in ihrer Verzweiflung darüber den Entschluß gefaßt, gemeinsam zu sterben. Sie hatten bei der Kälte in dem ungeheizten Zimmer, ohne Nahrung zu sich zu nehmen, schon einige Tage zugebracht. Sie wurden sofort zur Pflege nach dem Krankenhaus gebracht, doch ist eine der Damen bereits gestorben.

+ **Von der Wethau**, 6. Jan. [Unterricht in landwirthschaftlicher Buchführung. — Masernepidemie.] Der landwirthschaftliche Verein Plemschütz beschloß in seiner letzten Versammlung, im Monat Februar in Prittitz, Stößen und Wethau Kurse zur Erlernung der landwirthschaftlichen Buchführung einzurichten. Der Unterricht wird von Beamten der Landwirthschaftskammer Halle ertheilt werden. — In Mertendorf konnte der Schulunterricht nach Neujahr nicht begonnen werden, da der größte Theil der Schulkinder an den Masern erkrankt ist.

⊙ **Stößen**, 6. Jan. [Beendete Campagne. — Lehrerwechsel.] Die hiesige Zuckerfabrik beendete gestern nacht ihre diesjährige Campagne, die am 25. Sept. v. J. begann. Es wurden 464,458 Ctr. Rüben verarbeitet, gegen 364,142 Ctr. in der Campagne 1899/1900. — Die durch die Versetzung des Lehrers Ehrhardt erledigte hiesige 3. Lehrerstelle ist dem bisherigen 4. Lehrer O. Poppenlier übertragen worden. Für die 4 Lehrerstelle ist der Lehrer B. Liesenz in Wolsen in Aussicht genommen.

* **Halberstadt**, 5. Jan. [Jubiläum. — Handschuhmacherstreik.] Der Erste Staatsanwalt Geheimer Justizrath Schulze feierte in diesen Tagen sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum. Wenn auch die angegriffene Gesundheit des Jubilars eine persönliche Ehrung in größerem Umfange verbot, so hatten es sich doch die Mitglieder und Beamten des Landgerichts und der Staatsanwaltschaft nicht nehmen lassen, ihre Antheilnahme durch Entsendung von Abordnungen zum Ausdruck zu bringen. Bereits früher ist dem Jubilar der Rothe Adler-Orden vierter und dritter Klasse verliehen worden. An seinem jetzigen Ehrentage ist er durch Verleihung des Königlichen Kronen-Ordens zweiter Klasse ausgezeichnet worden. — In einer gemeinsamen Besprechung der Handschuhfabrikanten und Gehilfen, die am Donnerstag abend stattfand, wurden die mehrfachen von den Fabrikanten gemachten Vergleichsvorschläge von den Gehilfen, sowie andererseits der von diesen ausgehende Vorschlag von den Fabrikanten abgelehnt. Da somit eine Einigung nicht zu Stande gekommen ist, dauert die Aussperrung fort.

* **Stendal**, 6. Jan. [Stadtverordnetensitzung.] In der ersten Sitzung in diesem Jahre gedachte man des verstorbenen Ehrenbürgers der Stadt, des Generalfeldmarschalls Grafen v. Blumenthal. Bei der Wahl des Vorstandes wurde der bisherige Vorsteher, Rechtsanwalt Staude, wiedergewählt. Zum ersten Schriftführer wurde Kaufmann Zollmann, zu dessen Stellvertreter der Lehrer Nahrstedt gewählt. Die Wahl des stellvertretenden Vorstehers wurde ausgesetzt, da der zur Wiederwahl in Vorschlag gebrachte Rechtsanwalt Wittstock erklärte, diese nicht annehmen zu können. Hierauf erfolgte durch den Oberbürgermeister Werner die Einführung des zum unbesoldeten Stadtrath gewählten Direktors L. C. Kramer.

* **Torgau**, 6. Jan. [Sparkasse. — Personenpost. — Schießübung.] Nach einer Verfügung der Regierung zu Merseburg soll der Reservefonds der städtischen Sparkasse bis auf 10 Prozent der Einlagen gedeckt werden. Dadurch wird es, da er jetzt erst 5,31 Prozent beträgt, für einige Jahre unmöglich gemacht, daß bedeutende Summen von den Ueberschüssen der Kasse zu gemeinnützigen städtischen Zwecken Verwendung finden können. — Infolge des starken Eisganges auf der Elbe ist der Fährbetrieb zwischen Dommitzsch und Prettin eingestellt und dafür eine außergewöhnliche Personenpost eingerichtet worden, die täglich bis auf weiteres auf dem rechten Elbufer verkehrt. Die Post geht vom Posthause Torgau ab 12 Uhr 30 Minuten mittags, Ankunft in Prettin 3 Uhr 25 Min. nachmittags, Abfahrt von Prettin 5 Uhr 5 Min. früh, Ankunft in Torgau 8 Uhr vormittags. — Ein Gefechtsschießen mit scharfen Patronen wird das Infanterie-Regiment Nr. 72 vom 9. bis zum 12. Januar im Gelände nördlich von Süptitz abhalten.

* **Wittenberg**, 6. Jan. [Infolge eines Fehltrittes] stürzte der im Hause Collegienstraße 10 wohnende Kaufmann Bastian die Treppe hinunter, wobei er sich außer mehreren Rippenbrüchen schwere innere Verletzungen zuzog.

+ **Vom Eichsfelde**, 5. Jan. [Auf geheimnißvolle Weise verschwunden] ist seit dem 2. Weihnachtsfeiertag die aus Rengelrode bei Heiligenstadt gebürtige, in Hönebach bei Bebra wohnhafte Frau Förster Bode geb. Osburg. Sie wollte sich an diesem Tage nach Rottenburg zur katholischen Kirche begeben, soll sich dann früh gegen 7 Uhr von Hönebach abgehenden Zug nach Bebra benutzt haben, ist aber weder auf dem Bahnhof in Bebra noch in der Kirche zu Rottenburg gesehen worden. Es wird befürchtet, daß die im 37. Jahre stehende Frau einem Unfall oder einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

— [Personalien.] Verliehen wurde dem Obersten a. D. von Wegerer zu Dessau, bisher Commandeur des Infanterie-Regiments Nr. 141, der Rothe Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife und dem städtischen Kassendiener und Vollziehungsbeamten Nikolaus Funke zu Erfurt das Allgemeine Ehrenzeichen.

* **Vom Harz**, 6. Jan. [Im Schnee.] Im Oberharz ist nunmehr jeder Wagenverkehr unmöglich. Briefträger, Förster und Gendarmen legen ihre Wege auf Schneeschuhen zurück. Der Schnee liegt stellenweise 2 Meter hoch. Auf dem Oberteich zeigt die Eisdecke eine Stärke von 40 Centimetern. Das Wild kommt von den hochgelegenen Stellen zu Thal.

-th. **Braunschweig**, 6. Jan. [Duell.] Zwischen zwei hiesigen Reserveoffizieren, Reserveoffizieren, wurde in diesen Tagen in einem Gehölz ein Pistolenduell zum Austrag gebracht. Einer der Duellanten erhielt einen Schuß in den Oberschenkel, während der andere unverletzt blieb.

* **Weimar**, 5. Jan. [Zur Förderung des heimathlichen Obstbaues] haben sich vor kurzem die in den einzelnen Bezirken des Großherzogthums bestehenden Obstbauvereine zu einem Landesverein zusammengeschlossen. Dieser bezweckt u. a. Anstellung von Wanderlehrern, Ausbildung von Obstbaumwärtern, Einführung guter und ertragreicher Obstsorten, Verbesserung und Beaufsichtigung der Obstbaumschule und Anlage eines Obstmustergartens.

* **Jena**, 6. Jan. [Universitäts-Neubau. — Aufhebung der Steuerfreiheit der Akademiker.] Der Neubau der Universität, für den die Karl Zeiß-Stiftung eine halbe Million Mark unter der Bedingung zur Verfügung gestellt hatte, daß er an der Stelle des großherzoglichen Schlosses am Fürstengraben errichtet werde, und zu welchem ein Ungenannter weitere 100,000 M. und die Stadt 150,000 M. gestiftet hatte, ist nunmehr gesichert, da der Großherzog das Areal zur Verfügung gestellt hat. — Die Erhalterstaaten der Universität haben den Gemeindebehörden einen Vertragsentwurf zugehen lassen, nach dem die Akademiker künftig zur Steuer herangezogen werden sollen. Von dem Ertrage sollen der Stadt ein Drittel, der Universitätskasse zwei Drittel zufließen, die Stadt soll außerdem eine Vergütung für die Erhebung der Steuer erhalten.

* **Apolda**, 5. Jan. [Eisenbahnprojekt.] Vom großherzoglichen Bezirksdirektor Schmidt hier waren zu einem in Weimar jetzt abgehaltenen Termin in der Angelegenheit des Bürgel-Jena-Eisenbahnprojektes die Gemeindevorstände und Gemeinderathsvorsitzenden der interessirten Gembdenthal-Orlischaften eingeladen worden, um die Verkehrsverhältnisse des Gembdenthales und die Wünsche der Interessenten festzusetzen. Dem Termine wohnten bei: Wirklicher Geheimrath Minister v. Pawel, Chef des Kultusdepartements, der die Bearbeitung der Sache übernommen hatte, und der Geheime Regierungsrath Dr. Slevogt. Die Verkehrsverhältnisse der in Frage kommenden Orischaften der Gembdenthallinie und die vorgetragenen Wünsche der Vertreter sind im Termin eingehend erörtert und besprochen worden. Herr v. Pawel erklärte, daß er nur gekommen sei, um zu hören, nicht aber eine Entscheidung herbeizuführen. Einige Herren, besonders Herr Pfarrer Schwarz-Großlöbichau, nahmen sich der Interessen der Gembdenthal-Gemeinden besonders an. In aller Kürze, wahrscheinlich nächste Woche schon, soll eine weitere ähnliche Besprechung in der Angelegenheit stattfinden, zu welcher die beiden Interessententheile, nämlich die Vertreter des Gembdenthal- und die des Gleisthalprojektes eingeladen werden sollen.

* **Eisenach**, 5. Jan. [Burschenschaftsdenkmal. — Truppenübungsplatz. — Eisenbahnprojekte.] Für das Burschenschafts-Denkmal in Eisenach sind bisher bei dem Kassenwart 79,706.82 M. eingegangen. — Ohdruf soll mehr Aussicht auf den Truppenübungsplatz haben als Langensalza, denn die dort gestellten hohen Forderungen die Aussicht genommen haben.

— Im Sommer vorigen Jahres wurde hier ein Ausschuß eingesetzt, der im Verbindung mit ähnlichen Ausschüssen in Langensalza, Creuzburg und anderen Orten die Erbauung einer Eisenbahn von Sangerhausen über Creuzburg und Langensalza nach Eisenach, die für den großen Verkehr zwischen Berlin und Frankfurt a. M. gedacht war, betreiben sollte. Dieser Tage ist nun bei dem Vorsitzenden des Eisenacher Ausschusses der Bescheid eingelaufen, daß der preußische Eisenbahnminister ein Bedürfniß für diese Bahn nicht anerkenne und dem Bau nicht näher treten wolle. Mit diesem Bescheide hatte sich heute der Ausschuß zu beschäftigen. Nach eingehender Aussprache kam man zu dem Schluß, die auf dieses große Projekt gerichteten Bestrebungen aufrecht zu erhalten, daneben aber mit aller Energie für die Erbauung der Theilstrecke Eisenach-Großenbehringen einzutreten, welche Eisenach mit seinem besten Hinterland in engere Verbindung bringen würde, ein Projekt übrigens, das bald ein Menschenalter alt ist und für das der Eisenacher Gemeinderath schon einmal 50,000 Mark bewilligt hat. Diese neue Propaganda soll zunächst durch eine Petition an den weimarischen Landtag eingeleitet werden, da man in Weimar das Hauptbollwerk sieht, das erstürmt werden muß, um zu dieser Bahn, die übrigens auch die Ertragsfähigkeit der Stichbahn Großenbehringen-Butleben heben würde, zu gelangen.

— **Allerlei aus der Provinz.** In seltener Frische und Rüstigkeit beging heute der Botenmeister an der herzogl. Hofkammer in Dessau, Friedrich Krüger mit seiner Ehefrau, die goldene Hochzeit. — In Thale hat sich der Kohlenhändler Reckleben erhängt. Was ihn in den Tod getrieben hat, ist nicht bekannt. — In der Nähe eines Steinbruchs am Blockhornberge wurde der Arbeiter Gustav Kallmeyer erfroren aufgefunden. — Die Frau eines Landwirths Karl Schneye in Elsa kam mit einem Arm in die Dreschmaschine, wobei ihr die Hand vollständig zerquetscht wurde. — In Lichtenstein ist die Einführung einer Bürgerwehr beschlossen worden, nachdem die Gemeindeanlagen auf 168 Prozent gestiegen sind. — In Leutzsch fand man den Hausmann der dortigen Schule bewußtlos und dessen Frau todt in der Wohnung auf. Die Ursachen des Unglücksfalles sind noch nicht bekannt. — Die 16. große Geflügelausstellung zu Gera, die außerordentlich reich beschickt ist, wurde am Sonnabend eröffnet.

Letzte Nachrichten.

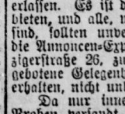
-w. Wie uns von zuverlässig unterrichteter Seite aus Berlin telegraphisch gemeldet wird, bestreitet Finanzminister Dr. v. Miquel, jemals geäußert zu haben, daß er beabsichtige, im Frühjahr zurückzutreten.

Schutz gegen Asthma.

Ein hervorragender Arzt erbietet sich, allen an Asthma Leidenden in Halle a. S. ein Schutzmittel gegen diese Krankheit angedeihen zu lassen.

Die Mehrzahl von Asthma Geplagten ist, nachdem sie Aerzte und zahllose Mittel ohne Erfolg versucht hat, zu dem Schlusse gekommen, daß es gegen diese höchst lästige Krankheit überhaupt keinen Schutz giebt. Diese Annahme ist falsch. Es hat vielmehr eine amerikanische Autorität, Herr Dr. Rudolph Schiffmann, der mehr Fälle dieser Krankheit behandelt hat, als irgend ein anderer lebender Arzt, durch Herstellung und Anwendung eines Schutzmittels bereits seit vielen Jahren glänzende Erfolge erzielt. Dieses Mittel, „Dr. R. Schiffmann's Asthma-Pulver" besteht aus 34,90% Salpeter, 51,10% südamerikanischer Stechapfel, 14% riechender Kugelkolben. Das Pulver ist ein Präventivmittel, welches die behaupteten vorzüglichen Eigenschaften aufweist. Hierfür soll sofort ein praktischer Beweis geliefert werden. Es wird nämlich hiermit bekannt gegeben, daß Dr. Schiffmann Willens ist, jeder an Asthma leidenden Person ein unentgeltliches Probe-Packet seines Mittels zugänglich zu machen. Zu diesem Zwecke werden hiermit alle Leidenden dringend ersucht, ihre Namen und Adressen per Postkarte aufzugeben. Es wird ihnen alsdann sofort ein absolut kostenfreies Probe-Packet zugesandt werden. Herr Dr. Schiffmann geht nämlich von der Ansicht aus, daß eine persönliche Probe mehr überzeugt und den Werth des Mittels besser beweist, als die Veröffentlichung vieler tausender Zeugnisse solcher Personen, welche durch den Gebrauch dieses Asthma-Schutzmittels vor den lästigen Anfällen jener Krankheit bewahrt worden sind. „Dr. Schiffmann's Asthma-Pulver" ist bereits seit Jahren in den meisten Apotheken Deutschlands verkauft worden, wenn auch viele Personen bisher nie davon gehört haben mögen. Um jetzt alle diese Personen hiervon zu benachrichtigen und in der Absicht, dieses Mittel allgemein zu machen, wird vorstehende Bekanntmachung erlassen. Es ist dies sicherlich ein liberales und ehrliches Anerbieten, und alle, welche mit dem oben erwähnten Leiden behaftet sind, sollten unverzüglich und Chiffre: „Dr. R. Schiffmann" an die Annoncen-Expedition G. L. Daube & Co., Berlin W., Leipzigerstraße 26, zur Weiterbeförderung schreiben und die ihnen gebotene Gelegenheit, ein Probe-Packet kostenfrei zugesandt zu erhalten, nicht unbenutzt vorübergehen lassen.

Da nur innerhalb der nächsten fünf Tage unentgeltliche Proben versandt werden können, ist es nothwendig, sofort zu schreiben. Ausdrücklich wird gebeten, nichts weiter als den vollständigen Vor- und Zunamen, den Bestimmungsort mit genauer Wohnungsangabe und den Postbezirk auf eine Postkarte rechts deutlich zu schreiben und diese einzusenden.



Wratzke & Steiger,

Hof-Juweliere und Edelschmiede.

Geräthe und Schmuck im neuzeitlichen Styl.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010107016/fragment/page=0003

Inventur-Räumungs-Verkauf

bis 15. Januar.

Die meisten Artikel sind im Preise bedeutend ermässigt. Trotzdem gewähre ich noch einen **Rabatt** und zwar auf

Tapisserie-Artikel,

Angefangene und fertige Stickereien **20 %** Sämmtliche Decken- pp. Stoffe **10 %.**

Strumpfwaaren,

Fertige Strümpfe und Socken in Wolle und Baumwolle **20%** Strickgarne **10%**

Wollwaaren
Damenkragen u. Westen
Zuavenjacken
Herrenwesten
20%

Posamenten,

Besätze, Garnituren, Spitzen, Bänder pp. **20 %,** und für alle übrigen, auch Stapelwaaren, **10 %.**

Corsets **20 %**

Nur beste Qualitäten!

Baarzahlung und kein Umtausch!

Handschuhe **10 %**

W. F. Wollmer, Gr. Ulrichstrasse 45 (Neubau).

Gegr. 1769.

G. H. Fischer, Bank-Geschäft, Halle a. S., Poststr. 18

empfiehlt sich für **bankgeschäftl. Ausführungen,**

An- u. Verkauf von Werthpapieren etc.

Sichere, gut verzinsl. Anlagewerthe halte vorräthig.

Piano-Lampen

für Gas-, elektrische u. Petroleum-Beleuchtung,

Piano-Sessel

in allen Preislagen.

— Reichste Auswahl. —

C. Rich. Ritter, Hof-Pianoforte-Fabrik.

Nur beste deutsche Fabrikate!

Reparaturwerkstatt für alle Systeme.

Josef Mittag, Henriettenstr. 32.

Katholisches Vereinshaus Treviris A.-G.

Trier, Jacobstrasse 29,

Lieferanten vieler Offizier- und Civil-Casinos, empfiehlt seine

Saar- und Moselweine

von

kleinen Tischweinen

bis zu den

edelsten Crescenzen

der ersten Weinguts-Besitzer.

Garantie für Naturreinheit.

Preisliste steht portofrei zu Diensten.

Telegramm-Adresse:

Vereinshaus Trevris, Trier.

Donnerstag den 10. d. M.

trifft der erste diesjährige Transport von circa

60 Stück

der schönsten und edelsten

hannöverschen Kutschpferde,

sowie

Ackerpferde

besser und schwerster Qualität unter coulanten Bedingungen zum Verkauf bei mir ein.

Unter den Pferden befinden sich 10 Goldfüchse.

Bernhard Schwabe,

Aschersleben, Darre 10.

Gleichzeitig erlaube ich mir mitzutheilen, daß gegen Mitte dieses Monats eine sehr große Auswahl bester

Lüttticher Spannpferde

bei mir eintrifft und werde ich den Tag der Ankunft nochmals mittheilen.

D. O.

Allgemeiner Consum-Verein,

E. G. m. b. H., Halle a. S.

Unseren Mitgliedern hierdurch zur gefälligen Nachricht, daß Bestellungen auf

Briketts und Presstorf

von heute ab wieder angenommen werden. Dieselben können jedoch nicht mehr, wie bisher, im Contor oder in den Filialen, sondern sie müssen direkt

im Kohlen-Geschäft Delitzscher Straße 82

gemacht werden, worüber dort jedem einzelnen Besteller eine Bescheinigung ertheilt wird. **Grude, Kartoffeln** ꝛc. können nach wie vor in den Filialen bestellt werden.

Briketts kosten für das ganze Jahr 1901 frei Gelaß **80** ₰, ab Lager Delitzscher Straße 70 ₰ der Centner;

Preßtorf ebenfalls für das Jahr 1901 pro 1000 Stück frei Gelaß **16** ℳ ab Lager 14 ℳ;

Grude frei Gelaß **75** ₰, ab Lager 70 ₰ der Centner.

Halle a. S., im Januar 1901.

Allgemeiner Consum-Verein,

E. G. m. b. H., Halle a. S.

Die Verwaltung.

Bei jeder Bestellung ist die Mitgliedskarte vorzuzeigen. Ohne Vorzeigung der Karte wird keine Bestellung angenommen.

Liebig's

Schafft sofort kräftige Bouillon.

Verbessert Suppen, Saucen, Gemüse, etc.

Fleisch-Extract.

CACAO

garant. rein, anerkannt vorzüglich, leicht löslich.

in Blechdosen v. Pfd.	½	¼	⅛	
CACAO VERO beste Marke	3,-	1,50	0,75	Mk
CACAO JUNO Specialmarke	2,60	1,30	0,65	"
In luftdichten Packeten:				
CACAO JUNO Specialmarke	2,40	1,20	0,60	"
CACAO FORTUNA	2,-	1,-	0,50	"
CACAO APOLLO	1,80	0,90	0,45	"

HARTWIG & VOGEL
DRESDEN

Anerkannt vorzügliche Qualität, ausgiebig, daher billig. — Zu haben in den meisten durch unsere Plakate kenntlichen Apotheken, Conditoreien, Colonialwaaren-, Delicatess-, Drogen- u. Specialgeschäften.

Möbel-Etablissement

M. Resch

Halle a. S.,

Leipziger Str. 11 (Eing. im Laden).

Verkaufsräume befinden sich I., II. u. III. Etage.

Specialgeschäft completter

Wohnungs-Einrichtungen

v. 200-6000 Mk.

Salon.

1 hochel. Plüschgarn. od. Bouclé.	ℳ	130,
1 " nußb. Salon-Vertikow	"	60,
1 " " Salontisch	"	22,
1 " " gr. Säulen-Trumeau mit Fak.	"	55,
4 moderne Rohrlehnstühle	"	24,

Wohnzimmer.

1 Kleidersekretär mit Muschel	"	35,
1 Speisetisch mit Auszügen	"	22,
1 gr. Wiener Kleiderschränk.	"	55,
1 gute Ottomane mit Ripsbez.	"	50,
4 Stühle mit Rohrsitz	"	14,
1 Servirtisch	"	10,

Schlafzimmer.

2 franz. Bettst. mit Sprungfedermatratze und Keilkissen	"	88,
1 Waschtisch mit Marmorplatte	"	32,
1 Waschtischspiegel	"	3,
1 compl. Kücheneinrichtung	"	40,

Alles zusammen für ℳ 620.

Sämmtliche Möbel werden z. selben Preis auch einzeln abgegeben. Trotz der billigen Preise langjähr. Garantie. Gekaufte Möbel werden unentgeltlich aufbewahrt u. z. best. Zeit franco geliefert.

Vernickelungsanstalt

Josef Mittag,

Henriettenstraße 33.

Wieder eingetroffen!

Neu! Neu!

Soeben erschien als **Modellbogen:**

S. M. S. Kaiserin Augusta und S. M. S. Brandenburg.

Zu haben bei

Albin Hentze,

24 Schmeerstraße 24.

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Mit 2 Beiblättern und Unterhaltungsblatt.